



Menschen mit Behinderung dürfen keine Bittsteller sein

Thema: Kürzung der Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung.

In den Medien, in den sozialen Netzwerken überschlagen sich die Meldungen darüber, dass für Menschen mit Behinderungen das Aus der erhöhten Familienbeihilfe angekündigt und teilweise schon bereits von den Finanzämtern aberkannt wurde.

Ein Lichtblick in diesen Berichterstattungen ist das Zugeständnis von Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß, dass sie die VwGH-Erkenntnisse nicht hinnehmen und das so nicht zulassen werde.

Da stellt sich mir als Obfrau von *RollOn Austria – Wir sind behindert* schon die Frage, warum die Finanzämter aktiv werden und seit Wochen schon Bescheide über die Aberkennung der erhöhten Familienbeihilfe und die

Rückforderung bereits ausbezahlter Beträge aussenden.

Es ist kaum vorstellbar, dass sämtliche österreichischen Finanzämter alleine und ohne Anweisung aufgrund einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes aus dem Jahre 2013 sowie dem Jahre 2016 tätig werden.

RollOn Austria ist bekannt dafür, Unklarheiten aufzudecken und uns in der Öffentlichkeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Wir nehmen uns kein Blatt vor den Mund und lassen es ganz bestimmt nicht zu, dass unsere Regierung alles streicht, was wir uns so schwer in den letzten Jahren erkämpft haben.

Familien und ihre behinderten Kinder haben die größte Wertschätzung und Unterstützung verdient und es ist eine Schmach, diese Menschen so zu strafen. Täglich

müssen sie als Bittsteller auftreten und sich ihre Würde nehmen lassen, wenn es um ihre anvertrauten behinderten Kinder geht! So geht das nicht!

Eine Bundesregierung, die von sich behauptet, sie wolle auf die Schwachen in der Gesellschaft schauen, muss gerade diese Menschen in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft stellen. Familien, die ein Leben lang besondere Herausforderungen zu meistern haben, die dürfen nicht ausgebeutet werden, sondern sie müssen auch in Zukunft jegliche Unterstützung erhalten, die ihnen hilft, mit ihren behinderten Kindern ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Die Aberkennung der erhöhten Familienbeihilfe bedeutet für diese Familien eine unberechenbare Belastung. Viele Elternteile können auf-

grund der häuslichen Pflege ihrer anvertrauten Kinder keiner regulären Arbeit nachgehen und sind deshalb auf die Unterstützung der Allgemeinheit, deren gewählter Vertreter Ministerin Bogner-Strauß ist, angewiesen. Es sind unzählige Österreicher/-innen, die aufgrund dieses grauenhaften Bescheides vor existenziellen Problemen stehen.

Wie weitreichend diese Entscheidung ist und welche weiteren Einschränkungen für Menschen mit Behinderungen dies nach sich zieht, ist noch gar nicht klar, da ja aufgrund der mangelnden Vorinformation keinerlei Diskussionen und Überlegungen diesbezüglich angestrebt werden konnten.

Marianne Hengl,
Obfrau von RollOn Austria
Innsbruck